

Wochenblatt

für den Synagogenbezirk Halle a. d. S.

Nr.
354/355

Erscheint Freitag
Postvertrieb Erfurt

Halle a. d. S., den 9. Juni 1933

Geschäftsstelle Halle a. S.
Germarstraße 12

7. Jahrg.

Für jüdische Gleichberechtigung.

Die National Conference of Jews and Christians veröffentlicht die Namen von 1200 hervorragenden protestantischen Geistlichen der Vereinigten Staaten, die eine an die protestantischen Führer in Deutschland gerichtete Petition unterzeichnet haben, in der gegen die Zurücksetzung der Juden in Deutschland protestiert wird.

„Wir christlichen Geistlichen“, heißt es in der Petition, „sind tief beunruhigt durch das Schicksal unserer jüdischen Brüder in Deutschland. Wir sehen uns veranlaßt, unseren Protest gegen die Zurücksetzung der Juden unter der jetzigen deutschen Regierung mit Schmerz und Unwillen zum Ausdruck zu bringen, damit nirgendwo ein Zweifel über unsere christliche Gewissenspflicht in diesem Belang bestehen könne. Die Bemühungen, einen geschlossenen Teil der menschlichen Familie zu demütigen, bedrohen die zivilisierte Welt mit Rückkehr zu mittelalterlicher Barbarei. Wir beklagen die Folgen, die die Juden, die Christenheit, welche diese Zurücksetzung zuläßt, und insbesondere Deutschland selbst treffen müssen. Mit diesem Protest gegen den Antisemitismus in Deutschland glauben wir als aufrichtige Freunde Deutschlands zu handeln.“

51 der hervorragendsten nichtjüdischen Rechtsanwälte der Vereinigten Staaten haben an den Staatssekretär (Außenminister) der Vereinigten Staaten Hull eine Erklärung gesandt, in der sie gegen die Beseitigung von Richtern und Rechtsanwälten aus den deutschen Gerichten ausschließlich aus dem Grunde, weil sie jüdischer Abstammung sind, Einspruch erhoben.

Die Unterzeichner der Erklärung, unter denen sich die beiden ehemaligen Außenminister Elihu Root und Bainbridge Colby, der frühere amerikanische Botschafter in Großbritannien John Davis, der frühere amerikanische Botschafter in Deutschland James Gerard und der ehemalige Finanzminister Ogden Mills befinden, haben das amerikanische State Department (Außenministerium) ersucht, ihre Erklärung an die deutsche Reichsregierung weiterzuleiten.

Das Mitglied des amerikanischen Kongresses Hamilton Fish hat im Repräsentantenhaus einen Antrag eingebracht, in dem der Präsident der Vereinigten Staaten aufgefordert wird, bei der deutschen Reichsregierung in freundschaftlicher Form dahin vorstellig zu werden, daß diese die bürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der jüdischen Bürger respektiere und der Zurücksetzung aus Gründen der Rassen- oder Religionsverschiedenheit ein Ende bereite.

Kongressmann Fish erklärte, er werde die dringliche Behandlung seines Antrages durch den Kongreß verlangen, wenn sich die amerikanische Judenheit geschlossen hinter den Antrag stellen werde.

Die bereits einige Male vertagte Aussprache des Völkerbundsrates über den Inhalt der Bernheim-Petition betreffend

die Lage der jüdischen Bevölkerung im Abstimmungsgebiet von Deutsch-Oberschlesien wurde abermals unterbrochen, um einer Juristen-Kommission Gelegenheit zu geben, folgende Fragen zu prüfen: 1. Ist Herr Bernheim berechtigt, eine Petition vorzubringen? 2. Ist Herr Bernheim berechtigt, Fragen allgemeiner Natur in einer Petition aufzuwerfen?

Paul-Boncour, der französische Außenminister, brachte sein Bedauern über die durch die Einsetzung einer Juristen-Kommission neuerlich eintretende Verschiebung der Angelegenheit zum Ausdruck. Die Ratsmitglieder fühlen sich wie in einem schweren Gewissenskonflikt, weil sie sich nur mit der Lage der Juden in Oberschlesien befassen sollen. „Wir können an dem Schicksal der Juden von ganz Deutschland nicht desinteressiert bleiben.“ Paul-Boncour schilderte an Hand vieler geschichtlicher Einzelheiten, wie Frankreich in der Vergangenheit für die Rechte der Juden in verschiedenen Ländern eingetreten ist. Er erinnerte Deutschland an seine auf der Friedenskonferenz 1919 übernommenen Verpflichtungen, alle innerhalb der deutschen Grenzen lebenden Minderheiten gerecht und fair zu behandeln.

Der polnische Vertreter Raczyński erklärt: Die uns vorliegende Frage kann nicht auf Oberschlesien beschränkt werden. Es ist eine moralische Pflicht, von Deutschland Rechtsgleichheit für die Juden in allen Teilen des Landes zu fordern. Deutschland habe sich hierzu durch den Friedensvertrag von 1919 und durch den Völkerbundsbeschluß von 1922 verpflichtet.

Der spanische Außenminister, Zulueta, sprach den Wunsch aus, daß die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber seinen nationalen Minderheiten vollauf durchgeführt werden. Darüber hinaus beobachtet Spanien mit tiefstem Mitgefühl und mit mütterlicher Anteilnahme das Schicksal der Tausende von Juden, die vor mehreren Jahrhunderten gezwungen wurden, Spanien zu verlassen.

Der Vertreter Norwegens, Lange, führte aus, Norwegen betrachte es als moralische Pflicht des Völkerbundes, daß dieser die jüdische Frage nicht nur für Oberschlesien, sondern für ganz Deutschland behandle, Deutschland könne nicht behaupten, daß dies eine interne Frage sei, denn in der Welt seien heute alle Fragen, besonders aber die jüdische, von internationalem Charakter.

Im Unterhaus hielt der ehemalige Außenminister Sir Austen Chamberlain im Verlauf der Abrüstungsdebatte eine Rede, in der er sich mit der Lage der Juden in Deutschland befaßte. Er erklärte u. a., der Geist, der sich in der Achtung einer Rasse innerhalb der Grenzen Deutschlands bekundet habe, würde, wenn man ihn in außenpolitischen Dingen gelten ließe, eine Bedrohung der ganzen Welt darstellen. Man habe in letzter Zeit von hochgestellten Persönlichkeiten in Deutschland weitere tief beunruhigende Äußerungen gehört. Die letzte Äußerung komme vom Reichskanzler Adolf Hitler selbst. Wenn man dessen Worte, wie er, Chamberlain, es gern tun

wolle, so werte, wie sie gesprochen worden seien, so komme in ihnen ein neuer für die Beziehungen Deutschlands mit der übrigen Welt hoffnungsvollerer Geist zum Ausdruck. Beunruhigend aber sei, daß keine maßgebende Persönlichkeit in Deutschland bisher die von Ministerkollegen des Reichskanzlers abgegebenen Erklärungen offiziell zurückgewiesen habe.

Auch der Abgeordnete Barnett Zanner kam während dieser Debatte auf die Judenfrage in Deutschland zu sprechen. Er erklärte, ein Volk, das für sich selbst Gleichberechtigung in Anspruch nehme, dürfe diese eigenen Bürger nicht vorenthalten und nicht Männer und Frauen, die sich auf allen Gebieten des Lebens eher Anspruch auf Anerkennung und Wertschätzung erwarben als ein Ausrottungsurteil verdient hätten, als eine Klasse von Heloten behandeln. Was sich in Deutschland im Verlauf der letzten Wochen ereignet habe, zeige, daß die von Reichskanzler Hitler in seiner letzten Rede zum Ausdruck gebrachten Grundsätze in der Praxis noch nicht ihre Anwendung gefunden hätten. Zanner führte sodann eine Reihe von Beispielen aus dem deutschen Wirtschafts- und Erziehungsleben an, aus denen zu ersehen sei, daß die schärfste Zurücksetzung der Juden in Deutschland fortdaure. Man könne nicht annehmen, daß eine von solchem Geist beherrschte Nation in ihrem Wunsch nach Frieden wirklich ursprünglich sei. Er hoffe, der deutsche Reichskanzler werde schließlich doch einsehen, daß Menschlichkeit etwas zähle, und werde jene jüdischen Menschen, die in der Vergangenheit soviel geleistet hätten und innigst wünschsten, auch in Zukunft wieder dem Staate und der Menschheit zu dienen, wieder in den Bereich der deutschen Nation zurückbringen.

Aus stürmischer Zeit.

Der Reichskommissar für die Wirtschaft Dr. Wagener hat an den Münchener Oberbürgermeister Fiedler, den Vorsitzenden des kommunalpolitischen Amtes der NSDAP ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß einzelne Kommunen in letzter Zeit an eine große Zahl von Fabrikanten und an andere Wirtschaftsunternehmungen Fragebogen ausgesandt haben, durch die festgestellt werden sollte, in welchem Umfang das Kapital der betreffenden Firmen deutsch sei, ob nichtarische und nichtdeutsche leitende Persönlichkeiten tätig seien usw. Der Reichskommissar erklärt, solche Maßregeln riefen eine Störung des Gesamtwirtschaftslebens hervor, die man in der jetzigen Zeit beim besten Willen nicht brauchen könne. Man dürfe bestehende Wirtschaftsunternehmungen, auch wenn sie mit fremdem Kapital und bisher zum Teil von fremden Persönlichkeiten geleitet worden seien, nicht zerstören, sondern müsse sie zwingen, deutsch zu handeln und sich dem Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ unterzuordnen. Reichs-

Ausgrabungen in Samaria.

Die Vereinigte archäologische Expedition hat die Ausgrabungsarbeiten in Samaria wieder aufgenommen.

Nachdem im Monat April die Ausgrabungen im Gebiet der Paläste aus der israelitischen Periode fortgesetzt worden waren, hat man nunmehr eine Stelle in Angriff genommen, an der man auf Grund einer von einem englischen Militärflugzeug aus gemachten Aufnahme des Amphitheater der Herodesstadt Sebaste vermutete. Die Flugzeugaufnahme zeigte eine Einbuchtung am Nordabhang des Hügels, ein kleines Stück östlich von dem von Herodes errichteten Augustustempel. Die Ausgrabungsarbeiten haben die auf Grund der photographischen Aufnahme entstandene Vermutung bestätigt. Obwohl der größte Teil des Mauerwerks abgetragen worden war, sind doch die Grundmauern, mehrere Sitzreihen und die Pflasterung der Orchestra deutlich erkennbar freigelegt worden. Es wurden auch einige architektonische Fragmente, die zum Bühnenaufbau gehören, gefunden. Die Ausgrabungen an dieser Stelle werden fortgesetzt. Außerdem wurde bei den im Monat Mai vorgenommenen Ausgrabungen die Freilegung der Stadtmauer auf der Ostseite der Römerstadt weiter fortgesetzt. Es wurden Teil-

kommissar Wagener bittet den Münchener Oberbürgermeister, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß weiterhin solche Rundschreiben nicht versandt werden. Er betont jedoch ausdrücklich, daß er selbstverständlich auf dem Standpunkt stehe, daß gerade Kommunen ihre Aufträge nur an deutsche Firmen vergeben sollten.

Ein Erlass des Oberpräsidenten von Brandenburg betrifft die arischen, die nichtarischen und nichtdeutschen Privatlehrer. Er schreibt vor, daß an allen Privatschulen den Schulräten sofort Bericht zu erstatten ist, welche nichtarischen und nichtdeutschen Privatlehrer beschäftigt werden und zu welchem frühesten Termin sie entlassen werden können. Die Unterrichtserlaubnis für diese Privatlehrer ist für ungültig zu erklären, die Unterrichtserlaubnisscheine werden nicht erneuert.

Diejenigen Leiter von Privatschulen, die ihre arische Abkunft nicht zu beweisen vermögen, sind binnen 3 Wochen dem Oberpräsidenten zur weiteren Veranlassung namhaft zu machen.

Alle Privatlehrer, die Privatunterricht erteilen, haben binnen 6 Wochen ihren Schulräten ihre arische Abkunft nachzuweisen. Die Unterrichtserlaubnisscheine für nichtarische Privatlehrer sind einzuziehen. Den Schulräten wird verboten, Nichtariern oder Nichtdeutschen Unterrichtserlaubnisscheine zu erteilen. Ausländer, die Unterrichtserlaubnisscheine fordern, sind an den Oberpräsidenten zu verweisen. Die Nachsuchung von Unterrichtserlaubnisscheinen durch Nichtarier ist zu weglassen.

Diese Bestimmungen treffen nicht jüdische Privatschulen, die ausschließlich jüdische Kinder aufnehmen.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Regierungspräsidenten darauf hin, daß alle Jugendpflege und Leibesübungen treibenden jüdischen Vereine und Organisationen aus den Orts-, Stadt-, Kreis- und Bezirksausschüssen für Jugendpflege auszuschließen und daß ihnen auch jegliche Vergünstigungen zu verweigern sind.

Die jüdischen Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Oscar Wassermann und Kommerzienrat Dr. phil. h. c. Theodor Frank haben dem Auf-

B. J. Baer, Bankgeschäft,

Preußenring 17

empfiehlt sich zur

Ausführung aller bankgeschäftlichen Aufträge,
Eröffnung laufender Rechnungen.

Sorgfältige fachmännische Beratung.

strecken der Fundamente dieser Mauer mit drei offenbar der herodischen Periode zugehörenden, jedoch in einem späteren Zeitpunkt restaurierten Türme ausgegraben. Es bleibt nur noch ein kleines Gebiet zur Forschung übrig, um die Gesamtanlage der römischen Stadtmauer festzustellen. Es ist damit zu rechnen, daß diese Arbeit in nächster Zeit zum Abschluß gelangt.

Schließlich wurde das Gebiet der Säulenstraße in Angriff genommen. Der erste Graben wurde in der Nähe des Westtores ausgehoben. Es wurden mehrere gepflasterte Stücke der Straßenoberfläche freigelegt. Darunter wurde ein Stück Mauerwerk gefunden, das auf Grund seiner Lage in einem aus Fels ausgehauenen Graben und des in diesem gefundenen Töpferwerks mit ziemlicher Sicherheit der israelitischen Periode zugeschrieben werden kann, womit neuerdings der Nachweis erbracht ist, daß die ursprüngliche israelitische Stadt, das biblische Schomron, sich nach Osten bis in die Gegend der späteren Säulenstraße ausgedehnt hat.

Von den kleineren Funden ist der bedeutendste das Fragment einer Keilschrifttafel, die in einer aus losen Steinen aufgeschichteten Grenzmauer zwischen zwei Ackerfeldern gefunden wurde. Diese offenbar aus der Zeit der assyrischen Okkupation stammende Tafel ist der erste in Palästina gemachte derartige Fund

Ein klares Wort zur Judenfrage.

Die deutsche Judenfrage verlangt ein klares Wort der deutschen Juden.

Vor dem deutschen Judentum steht das deutsche Schicksal, zum Entrechteten in der deutschen Heimat zu werden. In ihrer Ehre getroffen, können die deutschen Juden als die Wenigen sich nicht verteidigen; aber es darf ihnen nicht verwehrt sein, ihre Haltung offen und aufrichtig kundzutun.

Die deutschen Juden weisen es von sich, als die Anhänger oder Urheber irgend eines „Systems“ angeprangert zu werden, während sie in Wahrheit immer bewiesen haben und auch jetzt zu beweisen bereit sind, daß sie sich jeder staatlichen Ordnung willig und freudig unterordnen, wenn sie ihnen Würde, Arbeit und Freiheit läßt.

Die deutschen Juden lehnen es ab, immer wieder auf ihre Jahrhunderte alte deutsche Kultur zu verweisen, auf ihre dauernde Verbundenheit mit deutschem Land und deutschem Geist. Die Wirklichkeit der Geschichte spricht für sie, spricht von ihrer Arbeit, ihrem Willen und ihrer Treue, von ihrer Verbundenheit mit dem deutschen Volke.

Wir dürfen erwarten, daß auch die Auseinandersetzung mit uns auf dem Boden des Rechts und mit Waffen der Vornehmheit geführt werde, daß ehrliche Klarheit über unseren Platz und unseren Weg in dem Raume des Lebens geschaffen werde. Eine offene Aussprache mit der Reichsvertretung der deutschen Juden, welche die Gemeindeverbände und die großen jüdischen Organisationen und damit die Gesamtheit des deutschen Judentums umfaßt, vermag zum Ziele zu führen, das Wohl Deutschlands erfordert es ebenso wie das der deutschen Juden.

Die Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände Deutschlands.

sichtsrat der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft mitgeteilt, daß sie ihr Vertragsverhältnis über den 31. Dezember 1933 hinaus nicht fortzusetzen wünschen. Der Rücktritt der beiden entscheidenden Bankfachleute wird in den Kreisen der Finanz, der Industrie und des Handels weit über die Grenzen Deutschlands hinaus mit Bedauern zur Kenntnis genommen.

Das vom Reichsbanner zu Ehren des als Kriegsfreiwilliger 1914 an der Front gefallenen jüdischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank errichtete Denkmal am Luisenpark in Mannheim ist jetzt auf Veranlassung der Stadtverwaltung entfernt und das Fundament eingeebnet worden. Bekanntlich war das Denkmal vor wenigen Wochen schwer beschädigt und die Gedenkplakette gestohlen worden.

Das thüringische Staatsministerium hat ein Gesetz erlassen, wonach die Genehmigung zur Zerschlagung eines Gutes oder zur Abtrennung einzelner Grundstücke von einem Gute zu untersagen ist, wenn dabei Personen nichtarischer Abstammung mitgewirkt haben.

Im „Arztblatt der Provinz Brandenburg, Grenzmark und Pommern“ und später im „Groß-Berliner Arztblatt“ war ein Aufruf „Fort mit den jüdischen Ärzten!“ erschienen, der schwere Verunglimpfungen nicht nur der jüdischen Ärzte, sondern aller Juden enthält. Das Verschwinden der früheren idealen Berufsauffassung in weiten Kreisen der freien Berufe wird in diesem Aufruf, der den Juden als „Inkarnation der Lüge und des Betruges“ bezeichnet, auf die Juden zurückgeführt.

Die Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände hat in einem Schreiben an den Reichskommissar der ärztlichen Spitzenverbände gegen diese alles Maß überschreitende Verunglimpfung entschieden Verwahrung eingelegt und darauf hingewiesen, daß diese Art des Kampfes gerade mit dem Wesen des ärztlichen Berufsstandes besonders unvereinbar sei.

In der Bielefelder Filiale des Einheitspreisgeschäftes „Epa“ wurden alle jüdischen Angestellten entlassen. Diese Maßnahme wurde mit einer angeblichen Verfügung der neuen Berliner Geschäftsleitung, aus der alle jüdischen Mitglieder entfernt wurden, begründet. Nunmehr berichtet die „Bosfische Zeitung“, ein gewisser Sollbach, der erst seit kurzem der NSDAP angehört, sei verhaftet worden, weil er sich eigenmächtig zum Geschäftsführer der „Epa“ in Bielefeld ernannt und die jüdischen Angestellten entlassen hatte. Damit habe er entgegen den wiederholten Anordnungen der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation eine Einzeltaktion unternommen.

Der Völkerbundsrat behandelte am Dienstag vormittag noch einmal die Petition des früheren kaufmännischen Angestellten in Gleiwitz, Franz Bernheim, worin bekanntlich geltend gemacht war, daß die Anwendung der Ariergesetze in Oberschlesien das Genfer Abkommen von 1922 verletze. Mit den Stimmenthaltungen Deutschlands und Italiens wurden nach längerer Debatte der Bericht und das juristische Gutachten angenommen.

Halle a. d. S.

Bei Zahlungen für den Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, die auf das Postcheckkonto Berlin 70577 des Preussischen Landesverbandes geleistet werden, ist der Kontobezeichnung die Ergänzung „Sonderkonto Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau“ hinzuzufügen.

Bereinsnachrichten.



Generalversammlung

Mittwoch, den 14. 6. 1933, 8 Uhr abends im Gemeindehaus Germarstraße 12 mit Referat des Vorsitzenden des Landesverbandes Kam. R. A. Dr. Jacoby, Leipzig.

Erscheinen jedes Einzelnen ist Pflicht.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
Ortsgruppe Halle.



Jüdischer Jugendbund Halle a. S.

Adr.: Germarstraße 12.

Montag, den 12. Juni 1933:

Arbeitsgemeinschaft: Jüd. Geschichte (4. Abend.)

Montag, den 19. Juni 1933:

Arbeitsgemeinschaft: Jüd. Geschichte (5. Abend.)

Unsere Veranstaltungen beginnen pünktlich um 20.30 Uhr.

Der Vorstand.

Wo man hat im Haus ist die Hausfrau fein heraus!

Zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät

Kalendarium

für die Zeit vom 10 bis 23. Juni 1933,
d. i. vom 16. bis 29. Siman 5693.

Freitag,	9. 5.	Sabbatanfang	19.15 Uhr	
Sonnabend,	10. 5.	Schacharis	8.45 "	
(Sch. B'halauscho)		Minchah	16.00 Uhr	Jugendgottesdienst
		Ausgang	21.25 "	
Am den Wochentagen		morgens	7.15 "	
		abends	19.00 "	
Sonntags		morgens	8.30 "	
Freitag,	16. 6.	Sabbatanfang	19.15 "	
Sonnabend,	17. 6.	Schacharis	8.45 "	Neumondverkündung
(Sch. Schlach l'cho)		Minchah	16.00 "	
		Ausgang	21.31 "	

Jahrzeiten:

Die Jahrzeiten beginnen immer am Vorabend der genannten Tage.

Sonnabend,	10. 6.	Dr. Kahlberg.
Montag,	12. 6.	Bernstein, Bing.
Dienstag,	13. 6.	Sackl.
Donnerstag,	15. 6.	Vibrach.
Freitag,	16. 6.	Friedler.
Sonnabend,	17. 6.	Friedler, Ruda.
Sonntag,	18. 6.	Reiter, Schustak.
Mittwoch,	21. 6.	Lublinter, Cohn.

Aus Mitteldeutschland.

Magdeburg.

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte gelegentlich einer Vorstandssitzung seines Landesverbandes Mitteldeutschland in Magdeburg die Mitglieder der Magdeburger Ortsgruppe zu einem Vortrag am Sonntag, den 28. Mai 1933, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in die Mendelssohnloge eingeladen, wo über das Thema: „Der E. W. und die rechtliche, sowie die wirtschaftliche Lage der deutschen Juden“ referiert wurde. Direktor Vorchardt-Berlin gab einen Überblick über die gegenwärtige Situation und legte dar, daß der E. W. eine außerordentlich wichtige Reihe von Kollektivmaßnahmen ergriffen habe, um der seelischen und der wirtschaftlichen Not der deutschen Judenheit zu steuern. Als zweiter Redner sprach der neue Syndikus des Landesverbandes Mitteldeutschland Kurt Sabakly-Leipzig, der eingehend über die Lage der Juden in Mitteldeutschland, insbesondere im Lande Sachsen und in der Provinz Sachsen berichtete. Der Redner gab alsdann ein Bild über die Tätigkeit des Landesverbandes auf den verschiedensten Gebieten und berichtete zum Schluß eingehend über den Aufbau des Sozialamtes. Der Landesverbandsvorsitzende Rabbiner Dr. Goldmann-Leipzig sprach über die Aufgaben der deutschen Judenheit. Es müsse eine großzügige Aufklärungsarbeit einsetzen, die dem Nichtjuden eingehend klarmache, wie die deutsche Judenheit, sowie das deutsche Judentum in Wirklichkeit aussehe. Die deutschen Juden dürften sich weder ihr Recht auf das deutsche Vaterland noch ihr Recht auf Leben verkümmern lassen. Die Judenfrage sei zu einer Frage des jüdischen Lebensraumes geworden. Die heutige Zeit sei eine Zeit der jüdischen Gemeinschaftsarbeit, sie müsse aber auch zu einer Zeit jüdischer Gemeinschaftshoffnung werden. Im Anschluß an die Mitgliederversammlung fand die Landesverbandesvorstandssitzung statt, an der als Vertreter der Berliner Zentrale Direktor Vorchardt und Dr. Magdorf teilnahmen.

Zentralauschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau.

Der Zentralauschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau hat ein Generalsekretariat errichtet und die Herren Dr. Walter Alexander, Dr. Werner Senator, Dr. Ludwig Lieg mit der Verwaltung beauftragt. Das neugeschaffene Generalsekretariat soll eine zusammenfassende richtunggebende Stelle für die gesamte Arbeit sein, die Planungsarbeit im Großen leisten, sowie die Beschlüsse des Zentralauschusses

vorbereiten und ausführen. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 158, 2 Treppen.

Der Zentralauschuß weist erneut darauf hin, daß Einzelanträge nicht an ihn zu stellen sind und daß Zahlungen nur auf die Bankkonten der Reichsvertretung (Zentralauschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau): Gebrüder Heyman, Berlin, Französischestr. 47, und A. E. Waffermann, Berlin, Wilhelmplatz 7; und auf das Postcheckkonto Berlin 70577 des Preussischen Landesverbandes zu leisten sind.

Kurse für Studienräte.

Der Preussische Landesverband jüdischer Gemeinden, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 158, richtet für männliche und weibliche Studienräte, Studienassessoren und Studienreferendare Kurse zur Erlangung und Befähigung, jüdischen Religionsunterricht zu erteilen, ein. Anmeldungen zur Teilnahme sind sofort an den Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden zu richten. Beginn der Kurse: 8. Juni 1933.

Landwirtschaftliche Umschulung.

Die Jüdische Landarbeit G. m. b. H., Berlin W 15, Kurfürstendamm 200, eröffnet Anfang Juni auf dem jüdischen Siedlungsgut Groß-Gaglow einen zwölftmonatigen Kurs für praktische und theoretische Ausbildung in Gartenbau und Landwirtschaft. Durch Absolvierung des Kurses soll die Befähigung zur Übernahme kleiner gärtnerischer und landwirtschaftlicher Betriebe erlangt werden. Zu dem Kurs können 24 männliche jüdische reichsdeutsche Teilnehmer im Alter von 20—30 Jahren gegen eine Monatsgebühr von RM. 60.—, in der Lehrgeld, Kost und Unterkunft inbegriffen sind, zugelassen werden. Außerdem finden gegen eine Monatsgebühr von RM. 20.— vier Haushaltspraktikantinnen zwecks Ausbildung im ländlichen Haushalt Aufnahme.

Demnächst wird im Heim Wilhelminenhöhe der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg eine jüdische Siedlerschule für etwa 25 Männer und 5 Frauen eröffnet, die innerhalb fünf Monaten für landwirtschaftliche Verwendung im In- oder Auslande ausgebildet werden sollen. Die Siedlerschule wird in Zusammenarbeit mit dem Reichsbund für jüdische Siedlung durch den allgemeinen Hilfsauschuß geschaffen.

Die Jüdische Gemeinde Kopenhagen hat ein Komitee gebildet, dessen Aufgabe es ist, junge Cheluzim, die aus Deutschland kommen und nach Palästina gehen wollen, für ein Jahr als Landwirtschaftsschüler auf dem Lande unterzubringen.

Jüdische Selbstmorde in den Jahren 1921 bis 1928.

Unter der Überschrift: „Zahlen, die beweisen“, nimmt die „E. W.-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 1. Juni Bezug auf die große Reichstagsrede des Kanzlers, in der als Merkmal der deutschen Not die hohe Zahl der Selbstmorde in den letzten anderthalb Jahrzehnten hervorgehoben wurde. Die „E. W.-Zeitung“ hat den jüdischen Anteil an den Selbstmorden der Gesamtbevölkerung der Freistaaten Preußen und Bayern für die Jahre 1921 bis 1928 ermittelt, es ergibt sich folgendes:

In Preußen beträgt die Zahl der Personen, die Selbstmord verübten in den acht Jahren von 1921 bis 1928 69 944. Davon

Zigarren - Zigaretten
Grünfeld Große Steinstraße 10
 Leipziger Straße 27
 Telefon 33917 am Turm

Hanna Loewe
Ernst Steinberg

Halle
Amselweg 1.

Verlobte
5. 6. 1933.

Wolfenbüttel

waren 49212 Männer und 20732 Frauen. Innerhalb dieser Gesamtzahl sind die Juden mit 1390 enthalten, darunter 860 Männer und 530 Jüdinnen, so daß unter 100 Selbstmördern 2 Juden waren. Da innerhalb der Bevölkerung Preußens der Anteil der Juden 1,1 vom Hundert beträgt, so bedeutet dies, daß die seelischen und wirtschaftlichen Gründe, die zum Freitod geführt haben, bei den Juden in Verhältnis fast doppelt so stark gewirkt haben als bei den nichtjüdischen Bevölkerungskreisen Preußens.

Ähnlich ist das Ergebnis in Bayern. Dort betrug in den acht Jahren von 1921 bis 1928 die Gesamtzahl der Selbstmorde 9596. Die entsprechenden Zahlen der Juden sind 147. Es ergibt sich daraus ein Anteil von 1,53 % jüdischer Selbstmorde, obwohl innerhalb der Bevölkerung Bayerns der Anteil der Juden nur 0,7 % beträgt.

Bädernachrichten.

Der Kurbetrieb in Wiesbaden weist gegenüber den Vorjahren einen starken Rückgang auf. Magistrat, Kurdirektion und die nationalsozialistische Kreisleitung haben deshalb an alle in Frage kommenden Stellen des In- und Auslandes einen gemeinsamen Aufruf versandt, in dem es u. a. heißt:

„Die für die Verwaltung Wiesbadens maßgebenden Stellen sind sich voll der Verpflichtung bewußt, die ihnen sowohl der Bevölkerung wie den auswärtigen Gästen gegenüber obliegt und verbürgen allen, die zum dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt nach Wiesbaden kommen, gleichgültig welcher Konfession und Einstellung, einen ungestörten, sicheren und angenehmen Aufenthalt.“

Einen ähnlichen Aufruf hat jetzt der Magistrat von Bad Homburg erlassen. In der letzten Magistratssitzung wurde eine Erklärung beschlossen, in der jedem Kurgast, „gleichgültig welcher Einstellung und Rasse“ ungestörter und sicherer Aufenthalt, sowie politische und konfessionelle Ruhe und durchaus gleiche Behandlung“ garantiert werden.

Wie die „Frankfurter Ztg.“ meldet, wurde im Lübinger Gemeinderat von der NSDAP ein Antrag eingebracht, in dem es u. a. heißt: „Juden und Fremdrassigen ist der Zutritt zu der Städtischen Freibadanstalt zu verwehren“. Der Antrag wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Deutsche, jüdische Künstler im Auslande.

Am Dagmar-Theater zu Kopenhagen treten derzeit Fritz Kortner, dessen Name von einem großen Teil der deutschen Presse seit langen nicht mehr ohne den Zusatz Cohn genannt wird, als Shylock und Gitta Alpar als Madame Dubarry auf. Die beiden Künstler werden vom Kopenhagener Theaterpublikum stürmisch gefeiert. Es kam anlässlich der Premiere zu großen Sympathiebekundungen für Fritz Kortner, die nach den Shylock-Worten „Ist denn der Jude kein Mensch? Habe ich nicht Augen, Hände, Füße, Gedanken und Gefühle wie jeder andere?“ sich zu tosendem Beifall steigerten, der offensichtlich nicht nur dem Künstler galt. — Auch Gitta Alpars Auftreten löste außerordentlichen Enthusiasmus bei Publikum und Presse aus. Die sehr konservative „Berlingske Tidende“ brachte den Wunsch zum Ausdruck, Gitta Alpar möge am königlichen Schauspielhaus auftreten.

Massenaufmarsch jüdischer Frontsoldaten in Wien.

Der jüdische Frontsoldatenbund Österreichs bereitet für den 18. Juni einen Massenaufmarsch jüdischer Frontsoldaten des ehemaligen österreichischen Heeres vor. Es wird mit einer Beteiligung von 30 000 jüdischen Frontkämpfern bei dieser Veranstaltung gerechnet. Mit dieser Kundgebung wollen die ehemaligen jüdischen Frontkämpfer die unbedingt staats-treue Gesinnung der jüdischen Bevölkerung und ihr Vertrauen zur gegenwärtigen österreichischen Regierung, die sich in letzter Zeit wiederholt dem In- und Ausland gegenüber ent-

schieden zum Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger bekannt hat, dokumentieren. Es wird bestimmt damit gerechnet, daß der geplanten Veranstaltung seitens der Behörden keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden, schon mit Rücksicht darauf, daß die Regierung zur Entgegennahme dieser Loyalitätskundgebung, in der die Verbundenheit der österreichischen Jüdischen mit dem österreichischen Staatsgedanken zum Ausdruck gebracht werden soll, eingeladen wurde. An der Spitze des Zuges soll ein aus Inhabern der höchsten österreichischen Kriegsauszeichnungen bestehendes Bataillon marschieren.

Kleine inländische Chronik.

Berlin. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wird die seit längerer Zeit beabsichtigte Neuauflage des „Gedenkbuches der jüdischen Gefallenen des Deutschen Heeres, der Deutschen Marine und der Deutschen Schutztruppen“ nummehr durchzuführen. Die Neuauflage wird 2000 Exemplare umfassen. — Direktor Heinrich Stahl ist zum Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin gewählt worden. — Direktor Kareski wurde zum Vorsitzenden der Jüdischen Volkspartei in Berlin gewählt. — **Frankfurt.** Dieser Tage wurde das Frankfurter Rothschild-Museum nach durchgeführtem Um- und Erweiterungsbau des 1796 von den Brüdern Amstel Mayer und Carl Mayer Rothschild für ihre Bank errichteten Hauses, in dem jetzt das Museum untergebracht ist, wieder eröffnet. — **München.** Im Alter von 66 Jahren verstarb auf seiner Besitzung in Murnau der jüdische Philantrop James Loeb, ein gebürtiger Amerikaner, der sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Deutschland, wo er sich im Jahre 1907 niedergelassen hatte, wissenschaftliche und künstlerische Bestrebungen in großzügigster Weise gefördert hat.

Als Handwerker empfehlen sich:

SCHNEIDER:

H. Arnholz Am Güterbahnhof 1.	S. Faigenbaum Schwetschkestraße 17
A. Goldwasser Barfüßerstr. 6.	René Hirschfeld Landwehrstr. 20.

MALER:

H. Just Breitestr. 22.	L. Just Geiststr. 21.
K. Just Spitze 32.	

FLEISCHER:

J. Meyerstein Brüderstr. 10.	J. Zuckermann Gr. Brauhausstr. 10.
H. Salomon, Glaser Harz 18.	Samson & Co., Fotografen Leipzigerstr. 19.
J. Sender, Gold- u. Silberschmied, Uhrmacher, Graseweg 3b.	

Kurze ausländische Chronik.

Meldungen der Jüdischen Telegraphen-Agentur.

Neapel. Der bekannte österreichisch-jüdische Segelflieger Kronfeld hat über der Stadt Neapel einen vierstündigen Segelflug vollführt. Auf diesem Fluge kreiste er etwa 20 Minuten lang in 700 Meter Höhe über dem Vesuv, der seit einiger Zeit eine mäßige Eruptionstätigkeit entfaltet.

Palästina.

Meldungen der Jüdischen Telegraphen-Agentur.

In einem offiziellen Communiqué wird eine Aktion der Palästina-Regierung zur Förderung der Entwicklung der Konserver-Industrie in Palästina angekündigt. Diese Aktion wird mit Rücksicht auf den ununterbrochen wachsenden Überschub der palästinensischen Obst- und Gemüseproduktion über den Inlandsbedarf, die stetige Vergrößerung der Anbauflächen und die wachsende Konkurrenz auf den ausländischen Märkten in Angriff genommen.

Auf Grund eines Übereinkommens mit der Leitung der Leitung der Jewish Agency wird mit der Errichtung einer Kolonie für 35 Mittelstandsfamilien auf dem Gebiet von Wadi Hamarith begonnen.

Eine Gruppe jüdischer Unternehmer in Tel Aviv, der der frühere Inhaber einer großen Papierfabrik in Rußland und der Besitzer einer großen Briefumschlagherzeugung in Tel Aviv angehören, hat die Errichtung der ersten Papierfabrik Palästinas beschlossen. Das für die neue Fabrik notwendige Maschineninventar ist bereits in Tel Aviv eingetroffen.

Im Monat April 1933 haben sich insgesamt 2110 Personen nach Palästina begeben. Von diesen sind 1827 Juden. 147 jüdische Einwanderer gehören der Kapitalistenklasse an.

Viterarisches.

Eine mehrsprachige Monatschrift für die Gesamtinteressen des Judentums.

Vom 1. Juni an soll in Karlsbad eine neue jüdische Monatschrift „Die Jüdische Welt“ erscheinen, die in unparteiischer Weise die Gesamtinteressen des Judentums vertreten will. Der Herausgeber der neuen Zeitschrift, Sami Glücksmann, legt in einem Memorandum ihre Ziele und Aufgaben dar. Sie soll in erster Reihe der Aussprache jüdischer Menschen aller Länder und verschiedenster jüdischer Gesinnung über die wichtigsten Probleme und Aufgaben der jüdischen Gemeinschaft dienen. Jede Nummer soll einem besonders wichtigen Gegenwartproblem gewidmet sein, zu dem Mitarbeiter in allen Ländern in jeder beliebigen Sprache Stellung nehmen können. Ein zweiter Teil der Zeitschrift soll eine chronologische Übersicht über die wichtigsten Ereignisse im jüdischen Leben während des verflossenen Monats

enthalten, ein dritter Teil wird unter der Bezeichnung „Jus Judaicum“ der kodifizierten Darstellung des gesamten jüdischen Rechts, sowohl des klassisch-biblischen, als auch des talmudischen, gewidmet sein und periodisch Aufsätze jüdischer Fachgelehrter über die wichtigsten Normen und Institute des jüdischen Rechts, wie Vertragsrecht, Bodenrecht, Ehe- und Scheidungsrecht, Eid usw. bringen.

Silbenrätsel.

Aus den Silben: bach — bel — bet — bet — bra — co — dau — de — doll — e — e — fer — ge — hen — him — i — i — lach — le — lent — li — ne — now — ran — ru — sa — schan — spe — ta — to — vi — vil sind 14 Wörter zu bilden, deren Anfangs- und Endbuchstaben von oben nach unten gelesen ein ethisches Sprichwort ergeben.

Die Wörter bedeuten: 1. Stadt in Kärnten, 2. Prophet, 3. männlicher Vorname, 4. religiöse Inbrunst, 5. arabischer Männername, 6. Sohn Jakobs, 7. Begabung, 8. Bibliothekar Anna Amalias von Weimar, 9. internationale Sprache, 10. bekannter Klavier- und Orgelbauer, 11. Niederschlag, 12. Kaufm. Begriff, 13. Kurort in der sächs. Schweiz, 14. jüd. Philosoph.

Auflösung des letzten Rätsels

1. Lea, 2. Esrog, 3. Rache, 4. Nelson, 5. Erik, 6. Lydia, 7. Eifengießerei, 8. Iris, 9. Diele, 10. Ecuador, 11. Nenndorf, 12. Oder, 13. Hagai, 14. Neuralgie, 15. Egmond, 16. Zoar, 17. Ubangi, 18. Kognac, 19. Labyrinth.

Lerne leiden ohne zu klagen: Kaiser Friedrich.

In Freud und Leid
gehören Familienanzeigen
in das
Wochenblatt.

Habe mein Geschäft von Goethestraße 9 nach Geiststraße 22 verlegt und halte mich für
Gelegenheitskäufe in spec. Strumpfwaren
bestens empfohlen.
en gros **N. Perl** en detail
Geiststr. 22

Zillmann & Lorenz
Möbeltransporte
Halle a. d. S., Leipziger Str. 45, Fernruf 27521
empfehlen sich für die Durchführung von Auslandstransporten
Langjährige Erfahrung Beste Empfehlungen

BAD HARZBURG
Hotel Ernst August
Prachtvolle Zimmer mit Balkon u. fließ. Wasser. Großer Garten mit Liegewiese. Garage. Bekannt gute Verpflegung. Pension inklusive Zimmer von **M. 5.50** an.
Bes.: **Max Ohrenstein**
Tel. Nr. 315.

Grabmal-Bauausführung
Carl Wendenburg
INHABER: EMIL RÜTHER
Huttenstr. 77 Halle a. S. Bölskestr. 194
Fernruf 23519 Fernruf 34611
Am israelitischen Friedhof
Werkstätten für Friedhofskunst
Großes Lager fertiger Denkmäler
GEGRÜNDET 1876

**Nachhaltige Wirkung
des Inserats**
wird durch Wiederholung erzielt.

Hallesches Kohlen u. Brikett-Kontor
m. b. H.
(Vertriebsgesellschaft der Michelwerke)
empfiehlt zu Sommerpreisen
Briketts, Koks usw.
Vertreter:
Julius Hamerschlag,
Halberstädter Straße 13, Telefon 24557.